



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 29. Sitzung des Ausschusses für Kultur,  
Soziales und Integration der Stadt Eberswalde  
am 14.02.2012, 18:15 Uhr,  
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage, Breite Straße 39,  
16225 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 28. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 06.12.2011
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen der Vorsitzenden
  - Arbeitsplan 2012
6. Wahl des/der Stellvertreters/-in
7. Einwohnerfragestunde
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - Bericht über vergebene Fördermittel 2011 entsprechend der Richtlinie für die Förderung von sozialen Maßnahmen und Initiativen
  - Bericht Fördermittelvergabe Kultur und für kulturelle Bildung
  - AMCHA-Workshop
  - Bearbeitungsstand Synagogengelände
9. Informationsvorlagen



## **TOP 4**

### **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Duckert bittet darum, die Vorlage BV/717/2012 vorzuziehen und hinter dem TOP 11 zu behandeln.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

Die Vorlage BV/717/2012 TOP 14.1 wird vorgezogen und nach dem TOP 11 behandelt.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

## **TOP 5**

### **Informationen der Vorsitzenden**

Frau Röder informiert über Folgendes:

- Am 29.2. um 18:30 Uhr findet die Feierstunde zur Auszeichnung für hervorragendes bürgerschaftliches Engagement statt, die Ausschussmitglieder sind eingeladen
- Ein Wettbewerb der Vereine im Fonds zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für die Kultur in den neuen Bundesländern, „Call für Members“, zu dem die Kulturstiftung des Bundes aufgerufen hat, alles Weitere dazu im Internet
- Am 5.3., 11.00 findet voraussichtlich in der Arbeitslosenserviceeinrichtung, Havellandstraße, eine Ausstellungseröffnung, von der Friedrich Ebert Stiftung organisiert, statt. Thema: „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen“
- Die Kinderuniversität findet Mitte März statt. Veranstaltungen für die Schulen sind bereits ausgebucht, am 17. März, 15.00 Uhr ist Familientag
- Im Herbst eine Jugend-Uni für Schüler der 8. und 9. Klassen geben wird.

### **- Arbeitsplan 2012**

Der Entwurf des Arbeitsplanes 2012 liegt allen Mitgliedern vor.

Die Themenvorschläge von Herrn Zinn erhalten alle Mitglieder des Ausschusses über E-Mail zur Kenntnis. In der nächsten Sitzung wird der Arbeitsplan erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Zuarbeit vom Kulturbeirat wird in den Arbeitsplan eingearbeitet.

Im ABJS wurde die Bitte an den AKSI herangetragen, eine gemeinsame Sitzung durchzu-

führen.

Über die Themen muss man sich noch verständigen. Die Anregungen von Herrn Zinn werden mit aufgenommen.

Weitere Vorschläge für Themen der gemeinsamen Sitzung sind an Frau Jähnel zu senden.

Es wird darüber abgestimmt, die gemeinsame Sitzung für Mai vorzusehen und Herrn Hoeck zu informieren. Der Sitzungsort wird noch festgelegt.

**Abstimmung: mehrheitlich angenommen**

## **TOP 6**

### **Wahl des/der Stellvertreters/-in**

Frau Röder erklärt das Prozedere. Die Bereitschaft von Frau Dr. Pischel, die Stellvertreterfunktion zu übernehmen, liegt schriftlich vor.

Sie fragt jedes Mitglied des Ausschusses, ob es bereit ist, die Stellvertreterfunktion zu übernehmen.

Von den anwesenden Mitgliedern liegt keine Bereitschaft vor, die Stellvertreterfunktion zu übernehmen.

Frau Röder fragt die Mitglieder, ob sie damit einverstanden sind, über die Wahl von Frau Dr. Pischel zur Stellvertreterin öffentlich abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

Es erfolgt die öffentliche Abstimmung der Wahl von Frau Dr. Pischel als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

## **TOP 7**

### **Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Wortmeldungen.

## **TOP 8**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

- **Bericht über vergebene Fördermittel 2011 entsprechend der Richtlinie für die Förderung von sozialen Maßnahmen und Initiativen**

Frau Ebert erläutert die Übersicht über die vergebenen Fördermittel 2011 entsprechend

der Richtlinie für die kommunale Förderung von sozialen Maßnahmen und Initiativen der Stadt Eberswalde und beantwortet Nachfragen.

Die Übersicht wurde vor der Sitzung verteilt und wird als **Anlage 2** der Niederschrift beige-fügt.

Die Übersicht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### **- Bericht Fördermittelvergabe Kultur und für kulturelle Bildung**

Aufgrund von Änderungen und wegen Erkrankung des zuständigen Mitarbeiters wird in der nächsten Sitzung berichtet.

#### **- AMCHA-Workshop**

Herr Dr. Neubacher informiert über den am 17. Januar 2012 gemeinsam mit dem AMCHA e. V., durchgeführten Workshop zum Thema „Weshalb wir uns heute noch humanitärer Verantwortung zu den Holocaustopfern stellen“. Die Stadt Eberswalde ist seit Dezember 2010 Mitglied des AMCHA-Vereins.

Der Verein möchte gern eine bundesweite Kampagne starten, um Städte für die Mitgliedschaft im AMCHA e. V. zu werben.

45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen teil.

Der Workshop wurde aufgeteilt in fünf Arbeitsgruppen. Begleitend zum Workshop gab es noch zwei Schulworkshops am Gymnasium Finow unter Teilnahme auch von Schülern des Humboldt-Gymnasiums. Das hat die Veranstaltung sehr bereichert.

Im Ergebnis des Workshops werden die fünf Arbeitsgruppen eine Deklaration erarbeiten.

Herr Dr. Neubacher informiert darüber, dass ca. 160 Buchstaben für das um die Mauer der Baumsynagoge laufende Spruchband durch Stifter erworben wurden.

Die so erzielten Einnahmen kommen dem AMCHA e. V. zugute.

Auf der Web-Seite der Stadt kann man den Stand der bereits gekauften bzw. reservierten Buchstaben für das Psalmwort und den Erklärtext einsehen.

#### **- Bearbeitungsstand Synagogengelände**

Herr Landmann informiert über den Bearbeitungsstand des Synagogengeländes.

- Der Fördermittelbescheid ist der Stadt noch nicht zugegangen.
- Geringfügige Nacharbeiten sind noch zu leisten.
- Nach dem symbolischen Spatenstich haben bereits Abrissarbeiten begonnen, die wegen des Frostes zurzeit eingestellt sind. Diese vorbereitenden Arbeiten werden nicht aus den EFRE-Mitteln bezahlt
- Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn ist beantragt worden

## Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

### TOP 10

#### **Bericht des Seniorenbeirates**

Frau Kuhlmann, Vorsitzende des Seniorenbeirates, stellt in ihrem Bericht die Arbeit des Seniorenbeirates vor, der als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügt ist.

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

### TOP 11

#### **Vorstellung der Initiatorengruppe "Initiative für eine Amadeu-Antonio-Straße Bericht: Dieter Gadischke, Kreisjugendwart**

Frau Röder beantragt das Rederecht für Herrn Dieter Gadischke.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Herr Gadischke, Kreisjugendwart im Kirchenkreis Barnim und Begleiter der Barnimer Kampagne „Light me Amadeu“ seit der Entstehung vor 5 Jahren, stellt das Projekt „Initiative für eine Amadeu-Antonio Straße“ vor.

Eberswalde ist mit der rassistischen Tat von 1990 bekannt geworden und wird bis heute damit verbunden.

Amadeu Antonio hätte ohne diesen Tag am 12. August 2012 seinen 50. Geburtstag feiern können. Die Umbenennung der Straße ist mehr als eine symbolische Geste. Sie ist ein starkes Signal, Erscheinungsformen von Rassismus zu erkennen und in das Bewusstsein zu rücken. Ein kräftiger Impuls, der von den Medien und vielen Menschen wahrgenommen werden wird.

Straßennamen geben und ermöglichen Orientierung.

Aus Anlass der Unterschriftensammlung kam die Initiative mit vielen Bürgern ins Gespräch. Einige schlugen vor, die Frage der Straßenbenennung zu vertagen und erst ein umfassendes Konzept für das Gedenken zu erarbeiten. So etwas dauert mehrere Jahre, darum sollte die Umbenennung als ein erster wichtiger Schritt vollzogen werden und schon in diesem Jahr begangen werden.

Daher meint die Initiative: Es ist Zeit, in Eberswalde eine Straße nach ihm zu benennen. Der vorgeschlagene Abschnitt zwischen Heegermühler Straße und Kopernikusring wäre am besten dazu geeignet, da sich hier die Tat ereignete.

Diskussion:

Herr Herrmann:

- Sind Anlieger der betreffenden Straße und Firmen in die Befragung mit einbezogen worden?

Herr Gadischke:

- Darauf wurde weitestgehend verzichtet, da nicht viele Anlieger betroffen sind.

Herr Zinn:

- Die Anwohner und die Firmen sollten unbedingt mit einbezogen werden

- In der Fraktion „Die Fraktionslosen“ wurde darüber diskutiert, dass das Anliegen befürwortet, aber diese Form der Ehrung nicht mitgetragen wird.

Frau Oehler:

- Die Straße ist nicht viel bewohnt.

- Die Kosten für Unternehmer halten sich in Grenzen.

- Es gibt lange Übergangszeiten nach einer Straßenumbenennung.

- Man sollte sich doch mutiger auf diesem Feld bewegen, dieser Ort ist der authentischste Ort der Tat.

Herr Herrmann:

- Die Gegner der Umbenennung sollten nicht als Rassisten betrachtet werden.

- Es sollte sachlich diskutiert werden.

Frau Röder:

- Alle Argumente sind berechtigt.

- Der Rassismus ist leider alltäglich.

- Im Rahmen der Beschlussvorlage sollte man sich weiter verständigen.

## **TOP 12**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 12.1**

##### **Vorlage BV/717/2012 Einreicher/ zuständige**

**Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

##### **Amadeu-Antonio-Straße**

Herr Zinn:

- Die Fraktion trägt die Beschlussvorlage in dieser Form nicht mit.

Herr Herrmann:

- Wir unterstützen das Anliegen, eine Straßenumbenennung ist aber der falsche Weg.

- Wir sollten gemeinsam eine Vorlage erarbeiten für eine würdige Gedenkstätte und wären bereit, dafür finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Frau Oehler:

- Aus anderen Fraktionen sind leider keine anderen Gedankengänge mitgeteilt worden, wie sich andere das vorstellen.

- Sie unterstreicht, dass zwischen einer Gedenkstätte und einer Straßenumbenennung ein

erheblicher Unterschied besteht. Die Straße ist allen Menschen immer präsent, an einer Gedenkstätte kann man vorbeigehen, sie ignorieren und wegschauen oder auch nie hingehen.

Herr Duckert:

- Die Fraktion Die Linke unterstützt den Antrag.
- Er bittet jetzt um Abstimmung und die weitere Verschleppung zu beenden.

Frau Röder:

- Die Fraktion der SPD hielt bereits bei der vorherigen Beschlussvorlage eine Umbenennung nicht für eine entsprechende Würdigung, weil diese Straße eine emotionslose Durchfahrtsstraße ist. Es wurde schon einmal der Vorschlag unterbreitet, einen würdigeren Ort für ein Gedenken zu finden. Der Standort der Gedenktafel ist unwürdig, weil auch bei einer Gedenkfeier die Straße nicht abgesperrt wird und man sozusagen im laufenden Verkehr steht. Wenige Leute nehmen teil. Die Altersgruppe 35 - 50 fehlte bisher völlig.
- Es gibt eine Bevölkerungsschicht in Eberswalde, die sich wahrscheinlich gar nicht angesprochen fühlt. Es müsste noch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Eberswalde diskutiert werden.
- Die überwiegende Fraktionsmeinung ist, den Karl-Marx-Platz als einen würdigen Ort des Gedenkens zu erweitern unter dem Aspekt, dass dort bereits ein Gedenkstein steht für Opfer von Gewaltherrschaft steht. Dieser Ort wäre dann ein gemeinsamer Ort des Gedenkens und des Mahnens. Wie der Ort umgestaltet werden könnte, würde die Fraktion unter Einbeziehung der Kampagne „Light me Amadeu“ und weiter Interessenten besprechen wollen. Man sollte sich nicht zeitlich unter Druck setzen lassen.
- Einen gemeinsamen Antrag über alle Fraktionen hinaus zu stellen, könnte sie sich vorstellen.

Herr Muszynski:

- Er spricht sich für die Umbenennung der Straße aus.
- Eine Umbenennung würde zeigen, dass Eberswalde seine Geschichte nicht verleugnet, das würde auch vom Selbstbewusstsein der Bürger zeugen. Man sollte für den Wandel stehen und keine Gedenkrituale einführen.

Herr Leeske:

- Er hat den Eindruck, dass es hier einen Interessenkonflikt gibt und es mehr um das Prozedere als um die Sache geht.
- Es ist ein Schritt weiter zu gehen. Wir sind damit nicht am Ziel.
- Über Töne und Formulierungen sollte man hinwegschauen, es sollte sich auf die Sache konzentriert werden

Herr Rödel:

- Er steht voll hinter der Kampagne.
- Er macht darauf aufmerksam, dass sich ältere Bürger nur sehr schwer mit neuen

Straßennamen identifizieren können. Er wäre mehr für einen Gedenkplatz.

Herr Banaskiewicz:

- Er hat den Eindruck, dass, wenn man diese Vorlage ablehnt, sich dann automatisch mit den Schlägern zu solidarisieren scheint. Dagegen verwahre er sich.
- Er ist gegen die Umbenennung, gibt aber zur Kenntnis, dass er auf das Schärfste verurteilt, was damals passiert ist.
- Man kann feststellen, dass eine Straßenumbenennung nicht dazu beiträgt, mehr Aufmerksamkeit zu erregen.

Herr Schneiderei

- Er ist zumindest für ein kleines Schild. Dieses Schild wird dann in allen Stadtplänen verzeichnet sein, dieses Schild wird in Google-Web und auf der ganzen Welt zu sehen sein, auch da, wo seine Verwandtschaft lebt.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

### **TOP 13**

#### **Diskussion Zusammenarbeit mit den Beiräten (Kulturbeirat/Seniorenbeirat)**

Frau Röder bittet die Mitglieder der Beiräte um ihre Beiträge:

Herr Muszynski: (Kulturbeirat)

- Austausch mit den Fraktionen und Stadtverordneten der Stvv (1. Halbjahr)
- Die Kulturkonzeption sollte man mal Revue passieren lassen und ob Aktualisierungsbedarf aus Sicht des Beirates besteht.
- Zukünftig werden die Sitzungen variieren, weil der Beirat in die Ortsteile gehen wird.

Herr Rödel

- der Seniorenbeirat wird künftig mit dem KJP mehr ins Gespräch kommen und mit den Seniorenvereinen

Herr Zinn:

- Die Beiräte sollten sich mehr der Bevölkerung öffentlich mitteilen.
- Der Seniorenbeirat sollte mit den Ortsvorstehern ins Gespräch kommen und 2 x im Jahr eine gemeinsame Sprechstunde abhalten.
- Das gleiche gilt für das KJP. Es muss sich mehr öffentlich mitteilen.

Herr Herrmann:

- Er sieht den Kulturbeirat als beratendes Gremium, da eine breite Fachkompetenz vorhanden ist.
- Relevante Vorlagen sollten dem Kulturbeirat vorgelegt werden.

Frau Röder:

- Sie sieht Abstimmungs- und Kooperationsbedarf mit den Beiräten. Dieser sollte weiter ausgebaut werden.
- Die Beiräte erhalten alle Beschlussvorlagen und können darauf sofort reagieren.

Herr Zinn:

- Er fragt nach, ob man über den Sitzungsdienst die Einladungen der Beiräte zu ihren Sitzungen allen Stadtverordneten zur Kenntnis geben könnte.
- Die Sitzungen sollten im Sitzungskalender mit aufgenommen werden.

#### **TOP 14**

**Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gem. Hauptsatzung**

Herr Zinn:

- Er bezieht sich auf die Dezembersitzung im Zoo:
- Wegen der Frage der Barrierefreiheit sollte man zukünftig darauf achten, dass sich die Mitglieder des Ausschusses vor Ort ein Bild machen
- Sitzungen des Bauausschusses können im Konferenzraum nicht abgehalten werden, weil man hinten nichts versteht.
- Es ist auch nicht angezeigt, wie man wieder aus dem Gebäude heraus kommt.
- Er stellt infrage, ob der Konferenzraum aus Sicht der Barrierefreiheit überhaupt geeignet ist.
- Er bittet die Verwaltung, gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten zu überlegen, ob andere Möglichkeiten gefunden werden, einen barrierefreien Konferenzraum zu finden.
- Er fragt Herrn Landmann, ob er die Anfrage betreffs der Umbenennung von DDR-Straßennamen kennt und die Stadt diese beantworten wird.

Herr Landmann:

- Wir haben davon erfahren, werden aber diese Anfrage nicht beantworten.

Frau Röder:

- Findet den Konferenzraum auch nicht optimal, aber sehr zentral gelegen.
- Eine entsprechende Ausschilderung, wie man wieder heraus kommt, sollte umgehend angebracht werden
- Sie bezieht sich auf die Veranstaltung zum Bürgerhaushalt:
- Das Ergebnis hat sie irritiert, weil in dem Glas für Bildung und Kultur sich relativ wenig Chips wiedergefunden haben.
- Sie fragt die Verwaltung, wie man mit diesem Ergebnis umgeht. Es kann keinesfalls ein repräsentatives Ergebnis gewesen sein.

Herr Zinn:

- Es waren nur 15 Bügerrinnen und Bürger da. Die meisten kamen sich veralbert vor.

Frau Oehler:

- Sie kann sich das nicht vorstellen, es war keine Veralberung der Bürger, sie fand es interessant.
- Besonders interessant fanden sie und die Bürger den Umgang mit einem Bürgerbudget.

Herr Landmann:

- Im März findet ja dazu noch eine Diskussion statt.
- Man kann feststellen, dass die Zeit viel zu kurz war, um die Verwaltungsbereiche mit ihren Aufgaben zu verstehen

Frau Röder:

- Es gab im Vorfeld sehr intensive Werbung in allen Medien, trotzdem konnten nur so wenig Leute motiviert werden

Herr Zinn:

- Es war Ferienzeit, gleichzeitig fand ein Konzert mit Herrn Gürtler statt.
- Vielleicht wäre eine Veranstaltung am Samstag besser gewesen.
- Mit der Werbung konnte sich der Bürger nicht vorstellen, was da gemacht wird.

Herr Banaskiewicz:

- Er fragt, ob es bereits eine Statistik bezüglich einer Reduzierung der Unfallzahlen durch Aufstellung des Blitzers an der Bahnhofsbrücke gibt.
- Man sollte auch Fußgänger und Radfahrer abstrafen, denn die verhalten sich sehr oft nicht verkehrsgerecht. Er sieht nicht ein, dass immer nur die Kraftfahrer bestraft werden.
- Inwieweit könnte das Ordnungsamt in dieser Frage tätig werden oder muss die Polizei eingreifen?

Herr Landmann:

- Die Rotlichtüberwachungsanlage steht noch nicht lange genug, um eine solche Statistik machen zu können. Nach einem Jahr könnte man eine Auswertung vornehmen.
- Das verkehrswidrige Verhalten von Fußgängern und Radfahrern ist schon lange ein Thema. Sie können aber nicht durch das Ordnungsamt abgestraft werden.
- Die Polizei hat schon mehrere Aktionswochen gestartet, was Radfahrer betrifft, und sie belehrt.
- Die Stadt hat oft Gespräch mit der Polizei geführt. Aufgrund von Kapazitätsproblemen werden diese Belehrungen nicht mehr so häufig gemacht.
- Das Thema könnte noch einmal im AKSI im Herbst diskutiert werden.
- Aufgrund des Hinweises von Herrn Zinn wird das Thema in der Sitzung der Ortsvorsteher und der Polizei beim Bürgermeister angesprochen werden.

**TOP 15**

**Schließung der Sitzung**

Frau Röder schließt die öffentliche Sitzung um 20:20 Uhr.

Angelika Röder  
Vorsitzende des  
Ausschusses für Kultur,  
Soziales und Integration

Barbara Jähnel  
Schriftführerin

**Sitzungsteilnehmer/innen:**

- **Vorsitzende**  
Angelika Röder
- **Ausschussmitglied**  
Frank Banaskiewicz  
Dr. med. Christel Brauns                    vertreten durch Herrn Wrase  
Torsten Duckert  
Eckhard Hampel  
Götz Herrmann  
Karen Oehler  
Dr. Ilona Pischel                            vertreten durch Herrn Schneiderei  
Carsten Zinn
- **sachkundige Einwohner/innen**  
Birgit Debernitz                            entschuldigt  
Ute Frey                                        entschuldigt  
Edeltraud Jubi  
Sascha Leeske  
Udo Muszynski  
Marita Papefuß                            entschuldigt  
Christoph Scholz                            entschuldigt  
Frank Techen  
Thomas Walther  
Horst Weingart
- **Dezernent/in**  
Lutz Landmann
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**  
Heiner Roedel  
Renate Kuhlmann  
Alexander Merten
- **Beauftragte gemäß Hauptsatzung**  
Barbara Ebert
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**  
Barbara Bunge  
Edmund Lenke                            vertreten durch Frau Preuße  
Dr. Stefan Neubacher
- **Gäste**  
Dieter Gadischke                            zu TOP 11